

Für das Ende der nuklearen Bedrohung - BUND wird Partner bei ICAN

Die Bundesdelegiertenversammlung 2022 beschließt:

Der BUND e.V. wird Partnerorganisation von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) und begrüßt die bisher von ICAN geleistete Aufklärung und Arbeit, die im Jahre 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Der Bundesvorstand wird beauftragt, die für einen Beitritt erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen, die inhaltlichen Ziele wie

- **die humanitären Folgen von Atomwaffen anzuerkennen,**
- **den Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen zu unterstützen,**
- **die vollständige Umsetzung und Universalisierung des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen zu fördern und sich öffentlich mit ICAN zu identifizieren und**
- **ICAN-Mitarbeiter*innen über Pläne und Aktivitäten zur Unterstützung der ICAN-Ziele auf dem Laufenden zu halten und gewaltfrei zu handeln werden unterstützt.**

Begründung:

Zu den größten Gefahren für Mensch und Umwelt zählen neben der Klimakatastrophe und dem Artensterben auch die untrennbar miteinander verbundene Nutzung der unberechenbaren Atomenergie (Atomenergie / Atomwaffen, „friedlich“/militärisch).

Der Uranbergbau und die weiteren Verarbeitungsschritte wie z.B. der Betrieb von Plutoniumreaktoren die anschließende Plutoniumabtrennung (Wiederaufarbeitung) sind mit enormen Umweltgefahren verbunden. Der gewollte oder versehentliche Einsatz von Atomwaffen würde in Europa zu Strahlenverseuchungen führen, die große Gebiete dauerhaft unbewohnbar machen würden. Als Folge eines Atomwaffen-Einsatzes droht eine Klimakatastrophe, der sogenannte „Nukleare Winter“. Staub und Partikel würden aufgrund der massiven Detonationen aufgewirbelt und die Sonne verdunkeln. In der Folge würden Temperaturen sinken, Ernten vernichtet und das menschliche Leben bedrohen.

In einer Zeit, in der die Risiken eines Einsatzes von Atomwaffen weltweit größer werden, begrüßt der BUND den Atomwaffenverbots-Vertrag der Vereinten Nationen und fordert von der Bundesregierung, diesen Vertrag zu unterzeichnen.

Die Verwendung von Atomkraftwerken oder Atommüllanlagen als Terror- bzw. Kriegsziele, wie wir sie jetzt im Krieg Russlands gegen die Ukraine erleben - oder gar der direkte Einsatz von Atomwaffen – stellen eine existenzielle Bedrohung für Mensch und Umwelt nicht nur in Europa dar. Immer deutlicher zeigt sich, dass die zivile Nutzung der Atomenergie nicht von den militärischen Risiken getrennt werden kann.

Bis heute sind die Folgen für Mensch und Umwelt z.B. der oberirdischen Atomwaffenversuche oder die Folgen der Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima aufgrund der freigesetzten Strahlung nicht überwunden.

Bereits 2020 hat der BUND-Vorsitzende sich gemeinsam mit ICAN, Nuclear Free Future, der IPPNW, Greenpeace und medico-International „gegen die atomare Aufrüstung in Europa und die Stärkung der UN-Friedensordnung“ ausgesprochen und von der Bundesregierung gefordert: „die Stationierung neuer Atomwaffen zu untersagen, keine neuen Trägersysteme für Atomwaffen zu beschaffen und den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen von 2017 zu unterschreiben und zu ratifizieren.“

- (Siehe hier die PM: <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/offener-brief-gegen-die-atomare-aufruestung-europas/> und hier direkt der Brief als PDF: https://www.nuclear-free.com/files/assets_nuclear_free_foundation/de/download/200416_Offener_Brief_Nukleare_Abr%C3%BCstung_final_US-1.pdf.)

Nach einer ausführlichen Diskussion über die zivilen und militärischen Zusammenhänge und Risiken der Atomenergie im September 2021 hat der BAK Atomenergie und Strahlenschutz im April 2022 eine Stellungnahme „Für das Ende der nuklearen Bedrohung“ verabschiedet.

- (https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/Atomenergie_BAK_Stellungnahme_nukleare_Bedrohung.pdf)

Begleitet waren die Aktivitäten des BAK durch Beratungen mit Vertreter*innen von GREENPEACE und zuletzt der IPPNW.

Der BUND Bayern hat auf seiner Delegiertenversammlung im Mai 2022 in einer Resolution zu den nuklearen Gefahren durch Angriffe auf Atomanlagen Stellung genommen, die konsequente Fortsetzung des Atomausstiegs festgestellt: *„Denn es gibt keine Trennung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie, da unter anderem durch den Betrieb von AKWs waffenfähiges Material entsteht.“* Daher *„fordern wir den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und deshalb keine Anschaffung neuer Kampfbomber im Rahmen der nuklearen Teilhabe für die Bundeswehr, die Beendigung des Atomfördercharakters bei der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) und EURATOM sowie den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag.*

- (BN-Beschluss der Delegiertenversammlung, Resolution 1 ([Hier direkt als PDF](#)))

Die angestrebte Partnerschaft des BUND bei ICAN ist ein politisches Statement zur Unterstützung des Atomwaffenverbots. Die Partnerschaft bei ICAN ist mit keinen finanziellen Pflichten verbunden. Auf der Homepage heißt es: „Jede Nichtregierungsorganisation kann eine ICAN-Partnerorganisation werden. Eine Beitrittsgebühr oder ein Jahresbeitrag ist nicht erforderlich, finanzielle und andere relevante Beiträge sind jedoch willkommen. Potenzielle Partner ... werden gebeten, die ICAN-Partnerschaftsverpflichtung zu unterschreiben und das entsprechende Antragsformular auszufüllen.“ (https://www.icanw.org/become_a_partner)

ICAN ist ein internationales Bündnis, deren Partnerorganisationen jeweils auf nationaler Ebene aktiv sind. Zur Koordination der Partnerschaft finden ein bis zwei Treffen pro Jahr statt. In Abstimmung mit dem Bundesvorstand und der Bundesgeschäftsstelle könnten die BAK-Atom-Sprecher*innen bzw. BAK-Mitglieder diese Aktivitäten übernehmen.

*Antragstellende:
Edo Günther – Delegierter des BUND Bayern
Klaus Brunsmeier – Delegierter BUND NRW
Auf Beschluss des Bundesarbeitskreis Atomenergie und Strahlenschutz*